

Wortbeitrag

- es gilt das gesprochene Wort -

Kommunale Wählergemeinschaft
'KfB - Kronberg für die Bürger'
www.kfb-kronberg.de
fraktion@kfb-kronberg.de

Antrag 5081/2017 Haushaltssicherungskonzept / Bürgerbeteiligung

Redner: Dr. Andrea Marlière

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürger,

als die Stadt Kronberg den Haushalt 2017 eingebracht hat, wies die Mittelfristplanung für die Jahre 2018 – 2020 jeweils ein Defizit von ca 1 Mio Euro aus (2018: -1,1 Mio, 2019: - 0,8 Mio, 2020: -0,8 Mio Euro). Konsequenterweise hat der Landrat Krebs in seiner Funktion als Kommunale Aufsichtsbehörde die Genehmigung des Haushalts 2017 nur unter folgendem Vorbehalt (aufschiebende Bedingungen) bzw. unter Auflagen erteilt:

1. Verbindliche Zusicherung, dass die Jahresabschlüsse 2012-2014 bis zum 30.6.2017 und die für 2015 und 2016 bis zum 31.12.2017 verbindlich zugesichert werden (auch hier liegen wir im Verzug)
2. Konkrete Benennung der Maßnahmen, die das Konsolidierungsziel in Höhe von 1 Mio Euro erreichen sollen.
3. Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über den entwickelten Maßnahmenkatalog im September 2017.

Der Stadt Kronberg sollte dabei die **Möglichkeit** gegeben werden, die Haushaltskonsolidierung im Rahmen eines innovativen Bürgerbeteiligungsprojekts voranzutreiben, damit dann im September 2017 eine Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung erfolgen kann. Am 30.9.2017 ist dann der Aufsichtsbehörde das entsprechend ergänzte Haushaltskonsolidierungskonzept einschließlich der entsprechend überarbeiteten Umsetzungsmatrix vorzulegen.

Nun sind mittlerweile zwei Dinge geschehen:

1. Wir haben neue Erkenntnisse über unsere mittelfristige Finanzlage bekommen. Die Einkommensteuer- und Umsatzsteueranteile fallen höher aus als geplant und sorgen für eine strukturelle, d.h. nachhaltige Verbesserung unserer Haushaltssituation. Die 1 Mio Ergebnislücke wird geschlossen. (Eine hohe Gewerbesteuernachzahlung lasse ich außer Acht, da diese wie wir wissen nicht zwingend nachhaltig ist.)
2. Die Bürgerbefragung wurde nun mittlerweile durchgeführt und die Ergebnisse liegen uns vor. Bei allem guten Willen der Verwaltung und der Bürger, die sich beteiligt haben, ist jedoch folgendes zu konstatieren:

- Die Befragung ist **nicht repräsentativ**, weil von ca 18.000 Kronbergern gerade mal 340 Bürger teilgenommen haben. Das mag zwar ein gutes Ergebnis aus Sicht anderer Kommunen sein, ändert aber nichts daran, dass es nicht stellvertretend für die Meinung der Mehrheit der Kronberger Bürger stehen kann.
- Die Fragen wurden auch nicht durch Einbindung der Stadtverordneten bzw der Fraktionen entwickelt, sondern lediglich durch ein Gremium (bestehend aus Herrn Feldmann, Herrn Knoche und Herrn König) wurde die Entwicklung des Fragenkatalogs durch die Verwaltung begleitet. Sie **repräsentieren daher auch nicht eine Liste von Vorschlägen aus den Fraktionen bzw. der Stadtverordneten.**

Das Ergebnis der Online-Befragung kann daher nicht als Ersatz für ein ordentlich ausgearbeitetes Maßnahmenkonzept herhalten, das durch diese hier anwesenden Stadtverordneten beschlossen werden kann. Wenn wir nun aufgrund der erfreulichen besseren Aussichten bei den Steuereinnahmen unser Defizit verringert haben, dann sollten wir dies in Verbindung mit den Einsparungen aus dem Betreiberwechsel bei Parkhaus Berliner Platz (ca 100.000 Tsd Euro p.a.) sowie der entfallenden Mietaufwände für die Streitkirche (ca 33 Tsd Euro p.a.) auch als solches stehenlassen. Die Ergebnisse einer nicht repräsentativen Bürgerbefragung sind aus Sicht der KfB keine Maßnahme, die hier und heute beschlossen werden kann.

Da keine Haushaltskonsolidierung mehr notwendig ist, sollte der Bericht zur Online-Befragung auch nicht mehr als Anlage zum Haushaltssicherungskonzept genommen werden. Wir schließen uns daher auch der Forderung der Grünen nach einer getrennten Abstimmung der beiden Beschlusspunkte an.

Vielen Dank!